

Vorlage

Drucksachen-Nr.:	BV/260/2026/II-20
Einreicher:	Der Oberbürgermeister
Verantwortlich für die Umsetzung:	Amt für Stadtfinanzen

Beratungsfolge	Status	Termin	Für	Gegen	Enthaltung	Bestätigung
Dienstberatung des Oberbürgermeisters	nicht öffentlich	15.09.2026				
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung	öffentlich	29.09.2026	zur Information			
Stadtrat	öffentlich	14.10.2026	zur Information			

Titel:

Anpassung der haushaltswirtschaftlichen Sperre gem. § 27 KomHVO für Aufwendungen und Auszahlungen des Ergebnishaushaltes und Investitionen der Stadt Dessau-Roßlau 2026

Beschluss:

Die nachfolgende Anpassung der dargestellten haushaltswirtschaftlichen Sperre einschließlich dargestellter Änderungen wird beschlossen. Sie tritt nach Beschlussfassung in Kraft.

1. Im Rahmen der Mittelbewirtschaftung des Haushaltes 2026 der Stadt Dessau-Roßlau dürfen nur Aufwendungen geleistet werden.

- zu deren Leistung die Stadt rechtlich und unaufschiebbar verpflichtet ist oder
- die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unabweisbar sind oder
- die mit einem Zuwendungssatz von mindestens 65 % gefördert werden.

Mehrerträge und -einzahlungen sind vorrangig nicht für Mehraufwendungen und -auszahlungen verwendbar, sofern es sich nicht um zweckgebundene Erträge/Einzahlungen handelt.

2. Stellenneuschaffungen sind grundsätzlich nicht möglich. Stellenwiederbesetzungen unterliegen einer gesonderten Prüfung, inwieweit diese unabweisbar sind.
3. Bei den Investitionen sollen geförderte Maßnahmen Priorität haben. Alle Investitionen ab einem Gesamtumfang von 600.000 EUR, die nicht mit mindestens 65 % gefördert werden und noch nicht begonnen sind (dabei zählen

Planungsleistungen nicht als Maßnahmebeginn) sind wegen einer gesondert vorzunehmenden Wirtschaftlichkeitsprüfung gesperrt.

4. Ein Verstoß gegen die haushaltswirtschaftliche Sperre entspricht einer Dienstpflichtverletzung und kann somit disziplinarische Folgen haben.

Gesetzliche Grundlagen:	KVG LSA, KomHVO LSA, VAO Nr. 7
Bereits gefasste und/oder zu ändernde Beschlüsse:	
Vorliegende Gutachten und/oder Stellungnahmen:	
Hinweise zur Veröffentlichung:	

Relevanz mit Leitbild

Handlungsfeld		Ziel-Nummer
Wirtschaft, Tourismus, Bildung und Wissenschaft	☐	
Kultur, Freizeit und Sport	☐	
Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	☐	
Handel und Versorgung	☐	
Landschaft und Umwelt	☐	
Soziales Miteinander	☐	

Vorlage ist nicht leitbildrelevant	☒
------------------------------------	-------------------------------------

Steuerrelevanz

Bedeutung		Bemerkung
Vorlage ist steuerrelevant	☐	
Abstimmung mit Amt 20 erfolgt	☐	

Vorlage ist nicht steuerrelevant	☒
----------------------------------	-------------------------------------

Relevanz für die BUGA

Bedeutung		Bemerkung
Vorlage ist BUGA-relevant	☐	
Abstimmung mit Dezernat 1 erfolgt	☐	

Vorlage ist nicht BUGA relevant	☒
---------------------------------	-------------------------------------

Fördermittel

Bedeutung		Bemerkung
Prüfung ist erfolgt	☐	

Prüfung ist nicht erfolgt	☒
---------------------------	-------------------------------------

Begründung: siehe Anlage 1

Für den Oberbürgermeister:

André Ulbrich

Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung

Anlage 1:

1. Ausgangssituation/Folgen

Das Landesverwaltungsamt hat in seiner Verfügung zur Haushaltssatzung 2026 vom 28.01.2026 (Anlage 1) angeordnet, dass der Oberbürgermeister eine Haushaltssperre verfügt, die sicher stellt, dass der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit gegenüber dem im Finanzhaushalt ausgewiesenen Betrag **um mindestens 3.200.000 EUR** verbessert wird.

Mit dem Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2026 trat die Haushaltssperre gemäß BV/025/2026/II-20 in Kraft.

Das Landesverwaltungsamt weist außerdem ausdrücklich darauf hin, dass es dem Oberbürgermeister unbenommen bleibt, eine Haushaltssperre mit einem höheren Betrag anzuordnen.

Nach § 27 KomHVO LSA kann der Oberbürgermeister, wenn die Entwicklung der Erträge und Einzahlungen oder der Aufwendungen und Auszahlungen es erfordert, die Inanspruchnahme von Ansätzen für Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen von seiner Einwilligung abhängig machen. Das Gleiche gilt, wenn der Haushalt nicht ausgeglichen aufgestellt wurde.

Von diesem Recht muss der Oberbürgermeister mit der Anpassung der vorliegenden Haushaltssperre nach pflichtgemäßem Ermessen Gebrauch machen.

Diese Erweiterung und die Einschränkung des Ausgabeverhaltens der Stadt Dessau-Roßlau ist aufgrund aktueller Entwicklungen geboten.

Der aktuelle Haushalt 2026 entwickelt sich nicht wie geplant. Aktuell existieren Mindererträge in der Gewerbesteuer von 14 Mio. EUR. Durch die Haushaltssperre und die satzungslose Zeit erreichbare Einsparungen werden durch bereits jetzt bekannte erhebliche Mehrauswendungen kompensiert. Das betrifft

- 3,2 Mio. EUR zusätzliche Aufwendungen für Sozialhilfeleistungen
- 3,8 Mio. EUR für zusätzliche Jugendhilfeleistungen
- 0,9 Mio. EUR zusätzliche Bewirtschaftungskosten bei den Schulen
- 1,5 Mio. EUR zusätzliche Aufwendungen für den Verlustausgleich DeKiTa.

Bisher ist unklar, in welcher Höhe die Mindererträge in der Gewerbesteuer durch andere Mehrerträge oder Einsparungen abgedeckt werden können oder sich negativ auf das Gesamtergebnis des Ergebnishaushaltes 2026 auswirken.

Darüber hinaus liegen aktuelle die Eckdaten des Haushaltsplanentwurfes 2027 vor. Die oben skizzierten aktuellen Entwicklungen wirken sich auch auf die Folgejahre aus.

Nach diesen Eckdaten weist der Ergebnishaushalt 2027 einen Fehlbedarf von 70,6 Mio. EUR aus, der voraussichtlich nur noch in Höhe von 25,4 Mio. EUR durch die vorhandene Rücklage gedeckt werden kann. Es verbleibt ein Fehlbedarf von 45,2 Mio. EUR.

Darüber hinaus werden

2028	50,4 Mio. EUR
2029	47,0 Mio. EUR und

2030 45,0 Mio. EUR Fehlbedarfe ausgewiesen.

Mit diesen Eckdaten ist der vorliegende Haushaltsplanentwurf nicht genehmigungsfähig und es besteht das erhebliche Risiko einer Beanstandung.

Das Landesverwaltungsamt stellt in seiner Verfügung (Anlage 2) folgendes fest:

„Im Hinblick auf zukünftige Haushalte weise ich darauf hin, dass ein erneutes Absehen von einer Beanstandung nur dann als verantwortbar erscheint, wenn die Stadt Dessau-Roßlau maximale Anstrengungen zur Erschließung und Ausschöpfung sämtlicher Potentiale zur Ertragssteigerung und Aufwandsreduzierung unternimmt.“

„Es ist erforderlich, durch eine Reduzierung von Aufwendungen und Auszahlungen die Handlungsfähigkeit der Stadt auch in Zukunft zu sichern. Insoweit muss das städtische Interesse an einem unbegrenzten Vollzug der Haushaltssatzung gegenüber den vorgenannten Aspekten zurücktreten....

Die Anordnung der haushaltswirtschaftlichen Sperre ist erforderlich, um die Rückkehr zu einer geordneten Haushaltswirtschaft zu unterstützen und einer weiteren erheblichen Verschlechterung entgegenzuwirken. Eine haushaltswirtschaftliche Sperre sichert eine sparsame Haushaltsführung und fordert insbesondere auch bei personalwirtschaftlichen Entscheidungen eine gesonderte Prüfung im Einzelfall, ob diese zur Weiterführung notwendiger Aufgaben erforderlich sind.“

Die bisherigen Konsolidierungsmaßnahmen 2026 sind bisher weder hinsichtlich ihrer Umsetzung noch hinsichtlich der Größenordnung und Konkretheit geeignet, diese Fehlbedarfe so zu reduzieren, dass auf dieser Grundlage eine positive Beeinflussung der Fehlbedarfsentwicklung gezeigt werden kann und die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt zu sichern.

Die Ergebnisse aus dem Rödl-Gutachten sind bisher nicht Gegenstand im oben ausgewiesenen Planentwurf bzw. im Stellenplan. Dazu bedarf es der inhaltlichen und zeitlichen Konkretisierung durch die Fachämter und Referate.

Zur dauerhaften Sicherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt und der Wiedererlangung des notwendigen finanziellen Handlungsspielraumes für die Zukunft ist demzufolge die Verschärfung der bisher vorliegenden Haushaltssperre 2026 als folgerichtig zu bewerten. Die damit möglichen zusätzlichen erzielbaren Einsparungen 2026 reduzieren den notwendigen Konsolidierungsbedarf für die Zukunft.

Mit einer Haushaltssperre konnten in der Vergangenheit einschneidende und schwer vermittel- und umsetzbare Konsolidierungsmaßnahmen vermieden werden.

Für die Fachämter der Stadt Dessau-Roßlau gelten für die Mittelbewirtschaftung des Ergebnishaushaltes mit der verfügbaren Haushaltssperre die nachfolgend dargestellten eingeschränkten Bewirtschaftungsbedingungen für den gesamten Ansatz.

Diese hat zur Folge, dass die Fachämter und Referate nur noch bei gesetzlich oder vertraglich gebundenen bzw. für die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbaren Aufwendungen bzw. bei bis 65 % geförderten Vorhaben frei agieren können.

Alle darüber hinaus gehenden Aufwendungen sind ohne die Genehmigung einer Mittelfreigabe für die Fachämter nicht mehr leistbar. Da die nachfolgend erfolgten Festlegungen grundsätzlich und pauschal getroffen werden, sind darüber

Einzelfallentscheidungen möglich.

Insgesamt erzeugt dieses Instrument zusätzlichen Aufwand für die Fachämter und Referate und verlangsamt grundsätzlich das Ausgabeverhalten.

Dabei gelten unverändert alle Haushaltsgrundsätze und Haushaltsziele des Kommunalverfassungsgesetzes LSA.

Der Umgang mit den verfügbaren Einschränkungen muss auf allen Ebenen und bei allen Verantwortungsträgern von der Einsicht geprägt sein, dass es zur Wiedergewinnung finanzwirtschaftlichen Handlungsspielraums keine andere Alternative gibt. Bis dieses Ziel erreicht ist, ist der finanzwirtschaftliche Spielraum der Stadt Dessau-Roßlau deutlich eingeschränkt.

2. Aufwendungseinschränkungen im Ergebnishaushalt durch die verfügbare Haushaltssperre

Im Rahmen der Mittelbewirtschaftung des Haushaltes 2026 der Stadt Dessau-Roßlau dürfen nur Aufwendungen geleistet werden:

- zu deren Leistung die Stadt Dessau-Roßlau rechtlich und unaufschiebbar verpflichtet ist oder
- die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unabweisbar sind oder
- die mit einem Zuwendungssatz von mindestens 65 % gefördert werden.

Mehrerträge sind grundsätzlich nicht für Mehraufwendungen verwendbar, sofern es sich nicht um zweckgebundene Erträge handelt.

2.1 Mögliche Aufwendungen

Im Rahmen der Haushaltssperre sind die Aufwendungen auf folgende Zwecke beschränkt:

- Aufwendungen auf Grund rechtlicher und unaufschiebbarer Verpflichtungen, das heißt, es besteht eine **Leistungspflicht** für die Stadt basierend auf Rechtsnormen.

Hierzu zählen neben den Gesetzen auch von der Stadt Dessau-Roßlau bereits geschlossene Verträge (z.B. Kaufverträge, Tarifverträge u. a.).

Die Personalaufwendungen für bereits arbeitsvertraglich gebundene Mitarbeiter sind diesem Bereich zuzuordnen.

Beeinflussbar sind aber zusätzliche Personalaufwendungen durch Schaffung neuer Stellen bzw. wenn vorhandene Stellen wiederbesetzt werden sollen. Deshalb sind mit dieser haushaltswirtschaftlichen Sperre Stellenneuschaffungen grundsätzlich nicht realisierbar. Eine Ausnahme bilden Stellen, die zur Umsetzung zusätzlicher Erträge für die Stadt erforderlich sind, insbesondere wenn die Erträge den Stellenaufwand deutlich übersteigen.

Gleichzeitig ist es erforderlich, die Wiederbesetzung von Stellen wieder stärker als ein Instrument zur Konsolidierung durch Verschlankeung von Strukturen und

Verbesserung von Prozessabläufen und damit auch zur Personalreduzierung einzusetzen.

Mit dem Inkrafttreten dieser Haushaltssperre wird eine Wiederbesetzungssperre bis zum 31.12.2026 erlassen. Ausnahmen im pflichtigen Bereich zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Verwaltungsbetriebes sind mit einer sachlichen und zeitlichen Unabweisbarkeit zu begründen.

Externe Stellenbesetzungen dürfen nur dann erfolgen, wenn geeignete interne Personalmaßnahmen nicht in Betracht kommen. Diese sind vorab zu prüfen.

Die dazu notwendige Entscheidungshoheit liegt im Dezernat V beim zuständigen Beigeordneten.

Mit dieser Maßnahme sollen auch die Umsetzungsmöglichkeiten der aktuell stattfindenden externen Untersuchung der Verwaltung unterstützt und verbessert werden.

- Aufwendungen, die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unabweisbar sind.

Hier wird nicht das Bestehen einer rechtlichen Verpflichtung vorausgesetzt, sondern die sachliche Notwendigkeit für eine sofortige Leistung der Aufwendungen (z.B. der laufende Betrieb und die Unterhaltung von Versorgungs- und Verkehrseinrichtungen, von Spiel-, Sport- und Erholungseinrichtungen, von kulturellen Einrichtungen und dergleichen). Der Stadt Dessau-Roßlau obliegt hier ein Beurteilungsspielraum hinsichtlich der sachlichen Notwendigkeit der Aufgaben (nur Aufgaben des eigenen Wirkungskreises und Pflichtaufgaben) und der Unaufschiebbarkeit. Das gilt auch, wenn diese Aufgaben Vereinen übertragen sind.

- Aufwendungen, die mit einem Zuwendungssatz von mindestens 65 % gefördert bzw. fremdfinanziert werden.

Freiwillige Leistungen können nur dann erbracht werden, wenn diese vergleichsweise hoch (mindestens 65 %) gefördert bzw. fremdfinanziert werden. Das gilt nur, soweit der zur Umsetzung dieser Fördermittel erforderlich Eigenmittelaufwand insgesamt nicht höher ist als die Förderung selbst. In diese Betrachtung ist der notwendige personelle Bewirtschaftungsaufwand für diese Fördermittel einzubeziehen.

Im Rahmen der verfügtten Sperre ist der Grundsatz von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit Handlungsgrundlage, d.h. die verfügtten Einschränkungen sollen kein unwirtschaftliches Verhalten rechtfertigen.

Außerdem wird auf folgende **Ausnahmen (mögliche Aufwendungen durch Einzelfallentscheidung)** eingegangen:

- a. Nicht außergewöhnlich hoch geförderte Aufwendungen (Förderung unter 65 %) soweit über 60 % des Aufwendungsansatzes
Soweit im Ergebnishaushalt Aufwendungen teilweise durch zweckgebundene Erträge finanziert werden, können diese in Abhängigkeit von der Förderhöhe von der Sperre durch Einzelfallentscheidung nach Verwaltungsanordnung Nr. 7 befreit werden, wenn der Nachweis gelingt, dass die Stadt Dessau-Roßlau diese Aufwendungen später vollständig finanzieren müsste, d.h. auf den

Aufwand an sich nicht verzichtet werden kann.

b. Zuschüsse an Vereine zur Finanzierung von Aufwand und Personal im Rahmen der Aufgabenrealisierung (soweit über 60 % des Ansatzes)

Die Zuschüsse an Vereine zum Aufrechterhalten der bisherigen Aufgabenwahrnehmung (insbesondere Finanzierung von Personalausgaben) können durch Einzelentscheidung von der Sperre nach Verwaltungsanordnung Nr. 7 befreit werden, wenn die Aufgabe im Rahmen des Konsolidierungskonzeptes nicht aufgegeben werden soll und die sofortige Kürzung durch die entstehenden Mehraufwendungen (Abfindungen; Raumkosten) dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit widerspricht.

Das gilt auch für die Unterstützung bei der ehrenamtlichen Wahrnehmung von Aufgaben, wenn diese Aufgaben dauerhaft erforderlich sind und die Umsetzung ansonsten für die Stadt mit Mehraufwendungen verbunden wäre.

c. Der Beigeordnete für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung kann unter Abwägungen der Entwicklungen im Haushaltsvollzug über Einzelfallentscheidungen weitere Ausnahmen zulassen. Für diese Fälle hat eine Abwägung der inhaltlichen Folgen einer Nichtbewilligung zum jeweiligen Einsparpotential zu erfolgen.

Von der haushaltswirtschaftlichen Sperre sind folgende Ansätze ausgenommen:

a. die Ansätze für Leistungen der Eigenbetriebe Stadtpflege (Nur soweit es sich nicht um neue Aufträge an Fremdfirmen handelt), des Anhaltisches Theaters sowie für das Städtische Klinikum

Auch diese Festlegung entspricht dem Haushaltsgrundsatz von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, denn die Einsparungen an dieser Stelle im städtischen Haushalt können einen Verlust im Eigenbetrieb zur Folge haben, dessen Ausgleich nach Eigenbetriebsgesetz spätestens nach fünf Jahren aus dem Haushalt erforderlich ist.

b. Zuschüsse an die Stadtmarketinggesellschaft (mit Ausnahme zurückstellbarer Einzelprojekte)

c. Ausgenommen sind auch die Aufwendungen des Eigenbetriebes DeKiTa und der freien Träger im Rahmen der Umsetzung des gesetzlichen Anspruchs auf Kinderbetreuung nach dem KiföG, nicht aber darüber hinausgehende freiwillige Leistungen zu Lasten städtischer Haushaltsmittel.

d. Förderung der gemeinnützigen Vereine sowie Budgets der Ortschafts- und Stadtteilbeiräte einschließlich von ihnen gewährter Vereinsförderung

2.2 Für die Bewirtschaftung gesperrte Aufwendungen

Die Übernahme neuer Aufgaben, für die weder eine rechtliche Verpflichtung noch eine unaufschiebbare sachliche Notwendigkeit besteht, z. B. weil sie sich nicht im Rahmen der Erfüllung städtischer Pflichtaufgaben halten, ist durch die verfügte Haushaltssperre grundsätzlich nicht möglich.

Neue bisher nicht geplante freiwillige Leistungen kommen im Rahmen der Sperre grundsätzlich nicht in Betracht. Stellen sie doch ein mögliches Konsolidierungspotential dar. Hier sind detaillierte Begründungen für deren Notwendigkeit insbesondere hinsichtlich der Unabweisbarkeit erforderlich.

Der bisherige Umfang an freiwilligen Leistungen ist zu prüfen. Dabei ist die Auflösung bestehender rechtlicher Verpflichtungen einzubeziehen.

Das betrifft beispielsweise nachfolgende Aufwendungen:

- die Leistungen an Vereine, die freiwillige Aufgaben wahrnehmen, z.B. Projektförderung im Kulturbereich, Förderung des Spitzensports soweit über dem Niveau von 2025 außerhalb von Ortschafts- und Stadtteilbudgets
- Organisation von Ausstellungen, kulturellen Veranstaltungen und Sportveranstaltungen, soweit nicht vollständig durch Erträge finanziert.
- Projekte im Rahmen der Jugendarbeit
- Bebauungspläne, Gutachten, Wettbewerbe usw.
- alle Aufwendungen, die ohne negative Folgen für die Aufgabenerfüllung bzw. Wirtschaftlichkeit verschoben werden können.
- Zuschüsse für Maßnahmen zur gesunden Ernährung in Kindertagesstätten
- Begrüßungsgeld
- Mittelstandförderung

3. Bewirtschaftungseinschränkungen im investiven Haushalt

Auch die Finanzierung, der Umfang, die Folgekosten und Abschreibungen aus Investitionen beeinflussen das Erreichen des Haushaltsausgleiches im Ergebnishaushalt.

Demzufolge ist geförderten Maßnahmen eine stärkere Priorität als bisher einzuräumen. Das betrifft insbesondere die Prioritätensetzung bei der Umsetzung der geplanten Investitionen durch die Fachämter. Auch hier sollen geförderte Maßnahmen Priorität vor eigenmittelfinanzierten Maßnahmen haben, um Verzugszinsen aus nicht verwendeten Fördermitteln zu vermeiden.

Der Anteil nicht verwendeter bereits erhaltener investiver Fördermittel zum Jahresende 2025 beträgt voraussichtlich 9.575.081,51 EUR.

Bei eigenmittelfinanzierten Maßnahmen wirken sich die Abschreibungen zu 100 % im Ergebnishaushalt als Aufwand aus, bei geförderten Maßnahmen stehen diesen Abschreibungen in Höhe der Förderquote Erträge aus der Auflösung von Sonderposten gegenüber. Die Finanzierung über Fördermittel wirkt sich auch positiv auf die notwendige Kreditaufnahme aus.

Die Stadt wird zukünftig eine Kreditaufnahme nur genehmigt bekommen, wenn sie in

der Lage ist, den daraus resultierenden Schuldendienst zu finanzieren.

Das gelingt, wenn die Stadt den Zinsaufwand im Ergebnishaushalt bereitstellen kann.

Dazu gehört aber auch die Sicherung der Finanzierung der notwendigen Tilgungsleistungen unter den Voraussetzungen des § 98 Abs. 3 Punkt 2 KVG LSA. Dieser tritt am 01.01.2028 in Kraft und besagt, dass der Haushalt ausgeglichen ist, wenn im Finanzhaushalt der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ausreicht, um mindestens die Auszahlungen für die planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und zu bilanzierende Investitionsförderungsmaßnahmen zu decken.

Damit wird der gesetzliche Anspruch fixiert, die Kredittilgung aus Liquiditätsüberschüssen des laufenden Haushaltes und nicht über Kassenkredite zu finanzieren.

Nach § 100 Abs. 5 KVG LSA ist die Stadt verpflichtet ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen, wenn die Kommune nicht mehr in der Lage ist, innerhalb des mittelfristigen Finanzplanungszeitraumes ihren bestehenden Zahlungsverpflichtungen ohne Überschreiten der Genehmigungsgrenze nach § 110 Abs. 3 KVG LSA für Kassenkredite nachzukommen.

Die dazu vorliegende mittelfristige Finanzplanung zeigt auf, dass die Stadt diesen Anforderungen zwar 2026 noch gerecht wird, sie aber ab 2027 nicht mehr erfüllen kann.

Neben der Konsolidierung im Ergebnishaushalt ist deshalb auch eine Prüfung der geplanten neuen Investitionen hinsichtlich

- ihrer Finanzierung (Anteil Förderung)
- des dokumentierten Bedarfs und der Anforderungen für den Investitionsumfang (Abgleich mit Mindestanforderungen und Darlegung der Abweichungen davon) sowie
- der daraus resultierenden notwendigen Folgekosten und
- bestehender Restbuchwerte (auch die außerplanmäßigen Abschreibungen dieser, belasten den Ergebnishaushalt zusätzlich)

erforderlich.

Soweit für diese Prüfung bzw. für den Nachweis der Anforderungen gemäß § 11 KomHVO Planungsmittel erforderlich sind, unterliegen diese nicht der hier fixierten Sperre.

Die Informationen zu den hier fixierten Kriterien sind in den jeweiligen Maßnahmebeschlüssen darzulegen. Das ist Voraussetzung um eine Mittelfreigabe der hier gesperrten Investitionen zu erreichen.

4. Bestätigung der Aufwendung bzw. Beantragung der Aufhebung von der haushaltswirtschaftlichen Sperre

Aufwendungen, für die es eine rechtliche und unaufschiebbare Verpflichtung gibt, Aufwendungen, die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unabweisbar sind und Aufwendungen, die mit einem Zuwendungssatz von mindestens 65 % gefördert werden, unterliegen nicht der Haushaltssperre und können durch die mittelbewirtschaftenden Fachämter in Höhe der Aufwendungsermächtigung durch

den Haushaltsplan eigenständig bewirtschaftet werden (kein Freigabeantrag erforderlich).

In Zweifelsfällen oder bei den dargestellten Ausnahmen müssen die Fachämter **rechtzeitig vor Eingehen einer rechtlichen Bindung** (z. B. Auslösung von Aufträgen) in analoger Anwendung der Regelungen von Verwaltungsanordnung Nr. 7 einen Antrag auf Aufhebung der Haushaltssperre bei der Stadtkämmerei stellen.

Dabei ist grundsätzlich darzustellen, welche materiellen und finanziellen Folgen die Nichtrealisierung bzw. Verschiebung dieser Aufwendung hat.

Die Festlegungen der Verwaltungsanordnung Nr. 7 bezüglich der Genehmigung dieser Anträge sowie des Antragsformulars gelten entsprechend.

Mit dieser Haushaltssperre sind alle Fachämter aufgefordert, den genannten Handlungsrahmen sehr streng auszulegen. Verstöße gegen die o.g. Regelungen können dienstrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Für die Mittelfreigabe für Investitionen bleibt es beim bisherigen nach der Verwaltungsanordnung Nr. 24 praktizierten Verfahren.

Anlagen

- 1) Verfügung des Landesverwaltungsamtes vom 28.01.2026 zur Haushaltssatzung 2026
- 2) Darstellung der Erweiterung gegenüber der bisherigen haushaltswirtschaftlichen Sperre 2026